ÖFSE
ÖSTERREICHSCHE FORSCHUNGSSTIFTUNG
FÜR INTERNATIONALE ENTWICKLUNG
A-1090 Wien, Sensengasse 3 • Tel.: +43 1 317 40 10 • e-mail: office@oefse.at • Internet:http://www.oefse.at

WORKING PAPER 25

BUDGETHILFE IN ÄTHIOPIEN: EIN DILEMMA FÜR DIE GEBERGEMEINSCHAFT

Martina Bergthaller
Karin Küblböck

SEPTEMBER 2009

gefördert durch die
Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

Online:
http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/WP25_Budgethilfe.pdf

Inhaltsverzeichnis

Abstract / Zusammenfassung **3**

1. Einleitung **4**

2. Definition von Budgethilfe **4**

3. Stärken und Schwächen von Budgethilfe **5**

4. Die sozioökonomische Situation in Äthiopien und die Rolle der Entwicklungshilfe **6**

5. Die Entwicklung und die Rolle der Budgethilfe in Äthiopien **8**

6. Aktuelle Entwicklungen **10**

6.1. Die Parlamentswahlen 2005 und ihre Auswirkungen auf die allgemeine Budgethilfe 10

6.2. Das Protection of Basic Services-Programm als Reaktion der Geber 12

6.3. Die Lokalwahlen 2008 14

6.4. Ein neues Gesetz für Nichtregierungsorganisationen und seine Auswirkungen 15

7. Schlussfolgerungen **17**

Abkürzungen **20**

Literatur **22**

IMPRESSUM

Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung – ÖFSE
Bereich Wissenschaft & Forschung
A-1090 Wien, Sensengasse 3
Tel. ++43 / 1 / 317 40 10-200 / Fax ++43 / 1 / 317 40 15
E-Mail: office@oefse.at
WEB: http://www.oefse.at und http://www.eza.at

Zusammenfassung

Budgethilfe ist ein relativ neues Instrument der Entwicklungszusammenarbeit, das in den letzten Jahren vermehrt in verschiedenen Staaten Afrikas südlich der Sahara eingesetzt wird, um dem Anspruch von mehr Wirksamkeit in der Entwicklungszusammenarbeit gerecht zu werden und den Regierungen in den Empfängerstaaten mehr Eigenverantwortung zu übertragen. Auch in Äthiopien ist die Bedeutung dieser Hilfsmodalität von bi- und multilateralen Gebern und ihr Anteil an der gesamten Hilfe bis 2005 stetig gestiegen. Nach den Parlamentswahlen im Mai 2005 fand dieser Trend allerdings ein abruptes Ende, da mehrere Geber die allgemeine Budgethilfe, die sie Äthiopien zur Verfügung stellten, als Reaktion auf die schweren Menschenrechtsverletzungen und das undemokratische Verhalten der äthiopischen Regierung bei und nach den Wahlen strichen und durch andere Formen der Zusammenarbeit mit der Regierung ersetzten.

Aufgrund eines Interesses an der Aufrechterhaltung von politischer Stabilität in Äthiopien wurde in der Folge das Programm Protection of Basic Services (PBS) geschaffen, in das die suspendierten Gelder für Budgethilfe einbezahlt werden. Die nächsten zentralen und regionalen Wahlen sind für Juni 2010 vorgesehen. Es kann erwartet werden, dass diese zu größeren Spannungen führen werden, da zahlreiche Oppositionsparteien ihre Kandidatur vorbereiten. Angesichts der Tatsache, dass diese Wahlen große internationale Aufmerksamkeit auf sich ziehen werden, steht die Regierung unter großem Druck. Neue Gesetze – bezogen auf Nichtregierungsorganisationen sowie Terrorismusbekämpfung – wurden verabschiedet, die das Potential haben, die Arbeit von Nichtregierungs-organisationen sowie von oppositionellen Gruppen in Äthiopien einzuschränken.

Dieses Paper analysiert die Ereignisse und Prozesse, die hinter diesen Entwicklungen in Äthiopien stehen und diese beeinflussen und gibt somit einen Einblick in die oft komplexen politischen Zusammenhänge der Wirksamkeitsbemühungen.

Abstract

Budget support is an instrument increasingly used by the donor community in order to improve aid effectiveness in developing countries. This paper analyses the recent developments around Budget Support in Ethiopia and explains their political background. Due to irregularities during parliamentary elections in 2005 most budget support was suspended and is now mainly channelled through a Programme called “Protection of Basic Services”. However, the next elections will be held in June 2010, and tensions are to be expected. Two laws concerning NGOs and fight against terrorism will potentially limit the activities of many actors in Ethiopia. The case of Ethiopia therefore underlines the complexity of political conditions under which efforts for increased aid effectiveness have to take place.

1. Einleitung

Budgethilfe ist ein relativ neues Instrument der Entwicklungszusammenarbeit, das in den letzten Jahren vermehrt in verschiedenen Staaten Afrikas südlich der Sahara eingesetzt wird, um dem Anspruch von mehr Wirksamkeit in der Entwicklungszusammenarbeit gerecht zu werden und den Regierungen in den Empfängerstaaten mehr Eigenverantwortung zu übertragen. Auch in Äthiopien ist die Bedeutung dieser Hilfsmodalität von bi- und multilateralen Gebern und ihr Anteil an der gesamten Hilfe bis 2005 stetig gestiegen. Nach den Parlamentswahlen im Mai 2005 fand dieser Trend allerdings ein abruptes Ende, da mehrere Geber die allgemeine Budgethilfe, die sie Äthiopien zur Verfügung stellten, als Reaktion auf die schweren Menschenrechtsverletzungen und das undemokratische Verhalten der äthiopischen Regierung bei und nach den Wahlen strichen und durch andere Formen der Zusammenarbeit mit der Regierung ersetzten. Dieses Paper analysiert die Ereignisse und Prozesse, die hinter diesen Entwicklungen in Äthiopien stehen und diese beeinflussen und gibt somit einen Einblick in die oft komplexen politischen Zusammenhänge der Wirksamkeitsbemühungen.

Im Folgenden wird erklärt, was Budgethilfe ist und wie sie sich von anderen Hilfsmodalitäten unterscheidet; danach wird kurz darauf eingegangen, warum Budgethilfe von Gebern und auch von Empfängern zunehmend bevorzugt wird und welche Herausforderungen und Probleme dabei entstehen. Der vierte Teil beschäftigt sich mit den Rahmenbedingungen in Äthiopien und der Rolle der Entwicklungshilfe in diesem ostafrikanischen Land. Danach soll herausgearbeitet werden, welche Bedeutung Budgethilfe in den letzten Jahren für den Empfängerstaat Äthiopien gewonnen hat. Im sechsten Teil werden die aktuellen Ereignisse in Äthiopien ab den Parlamentswahlen 2005 beschrieben und es wird analysiert, welchen Einfluss die Geschehnisse auf die Vergabe von Budgethilfe hatten. Das letzte Kapitel setzt sich mit den Auswirkungen der politischen Ereignisse sowie mit den Reaktionen der Geber auseinander und versucht die zukünftigen Aspekte der Entwicklungshilfe, insbesondere der Budgethilfe, für Äthiopien einzuschätzen.

2. Definition von Budgethilfe

In den letzten Jahren hat Budgethilfe im Zuge der Einführung neuer Hilfsmodalitäten (*aid modalities*) in der Entwicklungszusammenarbeit stark an Bedeutung zugenommen und wird verstärkt eingesetzt, da diese Form allgemein als effektives und effizientes Instrument gilt, welches globalen Veränderungen entgegenkommt und zur Erhöhung der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit beiträgt.

Budgethilfe ist eine Form von Programmhilfe und dient der Unterstützung der nationalen Entwicklungsstrategien in den Partnerländern. Sie wird regelmäßig direkt in das Budget des Empfängerlandes eingezahlt und die Verwaltung der Gelder liegt somit in der Verantwortung der jeweiligen Regierungen. Unterschieden wird zwischen

- allgemeiner Budgethilfe, die nicht zweckgebunden ist und der Regierung des jeweiligen Partnerlandes frei zur Verfügung steht und
- Sektorbudgethilfe, die für einen bestimmten Sektor im Haushaltsbudget, wie beispielsweise Bildung oder Gesundheit bereitgestellt wird und somit zweckgebunden ist (Küblböck et al. 2006, 6).

Die Vergabe von Budgethilfe gewinnt insbesondere seit der Verabschiedung der *Paris Declaration 2005*[1] zunehmend an Bedeutung, da sie als Indikator für die Grundsätze von erhöhtem *Alignment* und *Ownership* gewertet wird.

Viele Geber setzen Budgethilfe vermehrt in ihren Partnerländern ein und auch von Empfängerseite wird die Steigerung des Anteils der Budgethilfe an Entwicklungshilfegeldern insgesamt stark befürwortet. Besonders in Ländern, welche laut Gebern die Kriterien der guten Regierungsführung und andere Konditionen erfüllen, wird diese Form der Hilfe immer beliebter und ersetzt zunehmend klassische Projekthilfe und technische Hilfe. Aber auch in Staaten, deren politische Strukturen autoritäre Elemente aufweisen, in denen es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen oder Verletzungen der demokratischen Grundsätze kommt, wie beispielsweise in Vietnam und Äthiopien, wird Budgethilfe zunehmend von verschiedenen bi- und multilateralen Gebern eingesetzt. Vor allem in Afrika ist der Anteil der Budgethilfe in den letzten Jahren sukzessive gestiegen (Knoll 2008, 1).

3. Stärken und Schwächen von Budgethilfe

Grundsätzlich wird argumentiert, dass man mit der Stärkung der Budgethilfe seitens der Geber den Forderungen der *Pariser Erklärung* nachkommt und den Empfängerländern damit mehr Eigenverantwortung überträgt (Knoll 2008, 1).

Des Weiteren wird von Budgethilfe erwartet,

- dass sie zur Erhöhung von Ownership beiträgt, indem höhere Eigenverantwortung gefördert wird, nationale Kapazitäten und Institutionen sowie Transparenz und Rechenschaftspflicht der Empfängerregierungen gestärkt werden,
- dass sie mittelfristig Transaktionskosten reduziert, da die Verwaltung in den Empfängerländern entlastet wird, indem sich der für die Projekthilfe benötigte Koordinationsaufwand verringert und Finanzflüsse aus Budgethilfe verlässlich und vorhersehbar werden,
- dass sie die Vorhersehbarkeit von Entwicklungshilfe erhöht und Planungsprozesse verbessert werden können und
- dass sie zu einer besseren Geberkoordination und zu einem verbesserten Dialog zwischen Geber- und Empfängerregierungen führt (Küblböck et al. 2006; 11-16; Kühhas 2007, 8; Kolb/Molt 2009, 154).

Es treten allerdings auch vermehrt Probleme im Zusammenhang mit der Vergabe von Budgethilfe auf: Es gibt Anzeichen dafür, dass Budgethilfe in manchen Fällen eher gegenteilige Auswirkungen als die oben genannten Erwartungen hat und *Ownership* bis zu einem gewissen Grad unterminiert. Zusagen und Auszahlungen von Budgethilfe werden von Gebern zunehmend als „Erziehungsinstrument“ für Empfängerstaaten verwendet, da Budgethilfemittel im Falle von Nichterfüllung bestimmter Konditionen oder bei einem Verhalten, das Gebern zuwider läuft, schnell zurückgezogen werden können. Dies zieht eine zunehmende Unvorhersehbarkeit und Volatilität der Mittel aus Budgethilfe nach sich, da zugesagte Gelder bei Fehlverhalten der Regierungen nicht ausbezahlt werden bzw. – entgegen dem generellen Trend der steigenden Budgethilfe – erst gar keine Mittel zugesagt

[1] Die Pariser Erklärung zur Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit vom März 2005 ist ein politisches Konsenspapier zwischen OECD-Staaten, einer Mehrheit der Empfängerstaaten und einigen Nichtregierungsorganisationen, welches sich auf fünf Kernpunkte stützt: *Ownership* der Empfängerstaaten über die entwicklungspolitischen Prozesse, *Harmonisierung* der Tätigkeiten der Geber, *Anpassung* an nationale Prioritäten und Strukturen der Partnerländer, *gegenseitige Rechenschaftspflicht* und *ergebnisorientiertes Management* (vgl. Six et al. 2007, 5).

werden, sollten Empfängerregierungen gegen die von den Gebern auferlegten Konditionalitäten verstoßen. Die finanziellen Folgen dieser Schwankungen können für die Bevölkerung der Empfängerländer gravierend sein, wenn von der Gebergemeinschaft keine Mechanismen eingeführt werden, um hier gegenzusteuern. Kürzungen der Budgethilfe haben stark negative Konsequenzen für die Planung des Budgets in den Empfängerländern (Kühhas 2007, 13) und wirken sich vor allem – wie im jüngsten Fall in Nicaragua – in Budgetkürzungen auf dem sozialen Sektor (z. B. Bildung und Gesundheit) aus (vgl. INGES 2009).

Daraus ergeben sich in vielfacher Hinsicht unüberwindbare Widersprüche zwischen der Zielsetzung und den Ergebnissen der Vergabe von Budgethilfemitteln, da einerseits mit Berufung auf die Pariser Deklaration mehr *Ownership* versprochen wird und durch Direktzahlungen an den nationalen Haushalt der finanzielle Spielraum des Empfängerlandes gesteigert werden soll, und andererseits wiederum die Dominanz der Geber sichtbar wird, die ihre Prioritäten durchsetzen wollen – vor allem dann, wenn sich Empfängerregierungen nicht so verhalten, wie es die Gebergemeinschaft wünscht (Alemany/Mongabure 2009, 153).

Besonders schwierig wird es für Geber, wenn von Regierungen in Empfängerländern demokratische Strukturen und Demokratisierungsprozesse unterlaufen werden oder wenn diese gegen grundlegende Menschenrechte verstoßen. Wie beispielsweise in Äthiopien, wo nach den Parlamentswahlen im Mai 2005 Proteste der Zivilgesellschaft gewaltsam niedergeschlagen und oppositionelle Bewegungen ausgeschaltet wurden (vgl. Abbink 2006) und aktuell ein Gesetz erlassen wurde, das die Handlungsfähigkeit von Nichtregierungsorganisationen enorm einschränkt (vgl. Human Rights Watch 2008; Human Rights Watch 2009).

Anhand des Beispiels Äthiopien wird im Folgenden analysiert, wie sich nationale politische Prozesse auf die Vergabe von Budgethilfemitteln auswirken, wie Geber auf unerwartete und unliebsame politische Ereignisse reagieren und welche Folgen diese Reaktionen für die Empfängerländer und für die dort lebende Bevölkerung haben können.

4. Die sozioökonomische Situation in Äthiopien und die Rolle der Entwicklungshilfe

Äthiopien hat auf einer Fläche von 1.127 Mio km² eine Einwohnerzahl von 79,09 Mio und ist eines der am dichtesten besiedelten Länder Afrikas. Die Lebenserwartung lag 2006 bei 52 Jahren und die Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren bei 123 von 1000 Lebendgeburten. Die Alphabetisierungsrate betrug zwischen 1995 und 2005 durchschnittlich 35,9 %. Beim *Human Development Index* liegt das ostafrikanische Land mit einem HDI von 0,406 auf Rang 169 von 179 Staaten. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf betrug 2005 1.055 US $. Mehr als 23 % der äthiopischen Bevölkerung lebten mit weniger als 1 US $ pro Tag (UNDP 2008; Slezak 2006, 3; Worldbank 2008).

2007 empfing Äthiopien insgesamt mehr als 2.400 Mio US $ an offizieller Hilfe (ODA) (OECD 2009); aufgerechnet auf die Gesamtbevölkerung betrug die ODA 31 US $ pro Kopf. Insgesamt machte dies 2005 17,3 % des BIP aus (UNDP 2007, 293). Die bedeutendsten bilateralen Geber für Äthiopien sind die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Italien, Deutschland, Kanada und die Niederlande. Neben der *International Development Association* der Weltbank, dem *African Development Fund* und dem *Global Fund* zählt die Europäische Union zu den wichtigsten multilateralen Geberorganisationen in dem ostafrikanischen Staat. Äthiopien ist ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Österreich hat

2005 bis 2007 insgesamt 32,788 Mio US $ bilaterale Hilfe an Äthiopien vergeben war somit nicht unter den zehn wichtigsten Gebern.

Tabelle 1: ODA-Zahlungen ausgewählter bi- und multilateraler Geber in Äthiopien 2005 bis 2007 in Mio US $

Geber	2005	2006	2007	gesamt 2005 - 2007
bilateral				
USA	679,173	315,676	371,722	1366,571
Großbritannien	75,194	167,662	291,073	533,928
Italien	85,223	105,393	75,463	266,079
Deutschland	50,962	56,756	96,483	204,201
Kanada	40,471	46,080	82,223	168,774
Niederlande	58,665	49,757	50,760	159,182
Irland	41,953	50,608	54,181	146,742
Schweden	49,572	40,165	44,723	134,459
Japan	34,185	57,805	36,031	128,021
Norwegen	38,067	42,596	34,140	114,803
Frankreich	21,499	17,569	20,488	59,555
Spanien	6,052	9,721	27,539	43,312
Österreich	7,641	17,805	7,343	32,788
Belgien	4,560	6,595	13,130	24,285
Finnland	-	10,124	9,979	20,104
multilateral				
Global Fund	77,912	130,622	161,682	370,216
AfDB[2]	64,695	554,816	1018,05	1637,561
EC	167,431	198,404	369,193	735,029
IDA[3]	62,695	552,816	1016,05	1631,561

Quelle: OECD/DAC Creditor Reporting System (CRS). Online im Internet: http://stats.oecd.org/WBOS/Index.aspx?DatasetCode=CRSNEW (Stand: 30.5.2009)

Die Geber organisieren und koordinieren sich in Äthiopien in der *Development Assistance Group* (DAG) (OECD 2006, 54). Diese besteht aus 25 bi- und multilateralen Geberorganisationen und hat sich zum Ziel gesetzt, Informationen untereinander auszutauschen und die Koordinierung unter den Gebern zu verbessern. Gegenüber der äthiopischen Regierung wollen die in dieser Gruppe organisierten Geber gemeinsam auftreten, um kollektive Standpunkte zum Ausdruck zu bringen und so größeren Einfluss zu erzielen.

Traditionell ist der ostafrikanische Staat stark von externer Hilfe abhängig – insbesondere von humanitärer Hilfe aufgrund der chronischen Nahrungsmittelknappheit im Land und aufgrund von vermehrt auftretenden Hungersnöten, die durch Klimakatastrophen hervorgerufen werden: 2003 wurden beispielsweise über 14 Millionen Menschen in Äthiopien durch Nahrungsmittelhilfe versorgt (Lind/Jalleta, 2005); der Anteil an humanitärer Hilfe und Hilfe in Form von Lebensmitteln liegt je nach Jahr bei 30 – 50 % (DAG 2009).

Das Staatseinkommen für das Jahr 2008 betrug 4.586 Mio US $, die Ausgaben 5.729 Mio US $ (CIA 2009).

[2] zugesagt (keine Information über tatsächliche Auszahlungen).
[3] zugesagt (keine Information über tatsächliche Auszahlungen).

In Äthiopien ist die zentrale Behörde, die für die Erstellung des Haushaltsbudgets zuständig ist, im Finanzministerium angesiedelt. Die Leitung dieser Behörde hat eine politische Funktion und wird für die jeweilige Legislaturperiode der Regierung neu bestimmt. Der Budgeterstellungsprozess der Exekutive startet sechs Monate vor Beginn des neuen Finanzjahres[4] und einen Monat vorher wird der Budgetentwurf im Kongress eingereicht, der danach einen Monat Zeit hat, um diesen zu bewilligen (vgl. CABRI/AfDB 2008, 4). Äthiopien erfüllt somit nicht die von der OECD vorgegebenen Standards (*Best Practices for Budget Transparency*), die festlegen, dass der Entwurf des Budgets mindestens drei Monate vor Beginn des Fiskaljahres bei der Legislative eingereicht werden soll. Zudem kann die Rolle des Kongresses bei der Budgeterstellung aufgrund des kurzen Zeitraums für die Revision als sehr gering eingestuft werden (vgl. CABRI/AfDB 2008, 3-5). Während dieses eingeschränkten Zeitraums hat der Kongress allerdings uneingeschränkte Befugnis, den vorgeschlagenen Entwurf abzuändern. Hinsichtlich der Transparenz im Budgetprozess werden monatlich Informationen über laufende Einkünfte und Ausgaben des Staatshaushaltes in Äthiopien publiziert (CABRI/AfDB 2008, 21). Im *Fiscal Transparency Index* des AfDB 2008 liegt Äthiopien mit einem Index von ca. 0,75 von 1 an zweitbester Stelle bei 26 untersuchten afrikanischen Ländern, was die Fiskaltransparenz gegenüber der Öffentlichkeit betrifft (CABRI/AfDB 2008, 22). Auch beim *Aid Management Index*[5] liegt das ostafrikanische Land mit einem Index von ca. 0,85 an zweiter Stelle und schneidet im Vergleich zu anderen afrikanischen Ländern sehr gut ab (CABRI/AfDB 2008, 28).

5. Die Entwicklung und die Rolle der Budgethilfe in Äthiopien

Im Vergleich zu anderen AKP-Staaten ist Budgethilfe in Äthiopien ein relativ neues Instrument der Entwicklungszusammenarbeit, das dort noch in den Kinderschuhen steckt. Auch die Gruppe, in der Budgethilfegeber organisiert sind, ist relativ jung. (OECD 2006, 56; Schmidt 2006, 62). Die *Direct Budget Support Group* (DBS) existiert seit 2003. Mitglieder sind die AfDB, CIDA, DCI, DFID, die Europäische Kommission, KFW, SIDA und die Weltbank. Für das Budgethilfeprogramm der DBS waren im Jahr 2004/05 366,34 Mio US $ vorgesehen. Insgesamt betrug der Anteil der Budgethilfe in diesem Zeitraum ungefähr ein Drittel der gesamten ODA (vgl. DAG 2009). Die EU, die in der DBS eine führende Rolle einnimmt, wollte im Rahmen ihres Budgethilfeprogramms für Äthiopien (PRBS II) innerhalb von 3 Jahren insgesamt 95 Mio € an direkter oder Sektorbudgethilfe auszahlen (vgl. Schmidt 2006, 102). Der Anteil der allgemeinen Budgethilfe machte 2003 5,5 % des Bruttoinlandsprodukts aus[6] (Küblböck et al. 2006, 9).

Die DAG befürwortete – wenn auch mit gewissen Vorbehalten – in den letzten Jahren den Einsatz von direkter Budgethilfe in Äthiopien zunehmend. Betont wurde von den Gebern die Bedeutung der Erfüllung von bestimmten Voraussetzungen sowie die Notwendigkeit der Gewährleistung der dementsprechenden Rahmenbedingungen, um dieses Instrument sinnvoll einsetzen zu können (DAG 2002). 2004 wurde ein Analyseinstrument namens *Joint Budget and Aid Review* (JBAR) eingeführt, womit evaluiert werden sollte, welcher Teil des Budgets für Maßnahmen der Armutsreduzierung in Äthiopien verwendet wird (vgl. DAG 2009). Bis 2005 war somit ein eindeutiger Trend zur Erhöhung der Budgethilfe zu verzeichnen und der bis dahin steigende Anteil der Budgethilfe – sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ zur gesamten ODA und zum BIP Äthiopiens – lässt darauf schließen, dass die äthiopische Regierung bereits stark von direkten Budgethilfen abhängig ist, um ihr Haushaltsbudget erstellen zu können. Während 2003/2004 insgesamt von allen Gebern noch ca. 208,1 Mio US $ an Budgethilfe ausgezahlt wurden (ca. 3 % des BIP), waren es 2004/2005 schon 367,3 Mio US $ (ca. 5,5 % des BIP) (SPA 2006, 33-35, 40)[7]. Die Geber planten im

[4] Das EFY (Ethiopian Fiscal Year) läuft von Juli bis Juni des Folgejahres.

[5] Der Index zeigt, welche Schritte von den verschiedenen Ländern unternommen werden, um ein System zu implementieren, das externe Hilfe besser managt und koordiniert. In Ländern mit einem hohen Anteil an externer Finanzierung und somit einer hohen Abhängigkeit von Hilfsflüssen sind diese Systeme bedeutender und somit besser organisiert als in Ländern mit geringerer Abhängigkeit von Gebern.

[6] Das BIP betrug im Jahr 2003 6.652 Mio US $ und im Fiskaljahr 2004/2005 wurden insgesamt 367,3 Mio US $ an Budgethilfe ausbezahlt (Küblböck et al. 2006, 9).

[7] Hier ist auch *Balance of Payments Support* (BoPS) des IMF eingerechnet. Von den 367,3 Mio US $ waren 15,6 Mio US $ (4 % des gesamten GBS) vom IMF (BoPS), 137,5 Mio US $ (37 %) von der Weltbank, 90 Mio US $ (25 %) von der AfDB, 34,6 Mio US $ (9 %) von der Europäischen Kommission und 89,7 Mio US $ (24 %) von bilateralen Gebern (SPA 2006, 34).

Sinne der Vereinbarungen der Pariser Erklärung in Bezug auf Anpassung der Hilfe (*Alignment*), bis 2005 mehrjährige Budgethilfezusagen für Äthiopien einzuführen (OECD 2006, 56).

Die äthiopische Regierung argumentierte stark für eine Erhöhung des Anteils der Budgethilfe, um eine Harmonisierung der Entwicklungsmaßnahmen und eine Reduzierung der Transaktionskosten zu erreichen. Durch die unterschiedlichen Regeln und Prozeduren bezüglich Planung, Bewilligung, Durchführung, Monitoring und Evaluierung der verschiedenen Geber werden laut äthiopischem Außenministerium Transaktionskosten erhöht und Geschwindigkeit, Effizienz und Effektivität von Programmen und Projekten reduziert (Whitfield 2009, 144; Ministry of Foreign Affairs of Ethiopia 2004). Die Europäische Kommission und bilaterale Geber sahen in der Vergabe von Budgethilfe insbesondere ein Instrument, um mit der äthiopischen Regierung in einen kritischen Dialog über Fragen des Budgetmanagements und dessen Entwicklung zu treten, was der EU und verschiedenen bilateralen Gebern im Rahmen der Budgethilfegruppe auch gelang (Schmidt 2006, 62, 101).

Es wurden allerdings von der OECD im *Survey on Harmonisation and Alignment of Donor Practices* 2006 bereits Schwächen in Bezug auf die Praktiken der Vergabe von Budgethilfe erkannt, da die äthiopische Regierung Schwierigkeiten hatte, die Direktzahlungen an den nationalen Haushalt zu verwalten und Probleme beim *Public Financial Management* (PFM), bei der Budgetformulierung und bei der Berichterstattung an die Geber auftraten. Teilweise konnten auch die Bedingungen, die von den Gebern als Voraussetzung für den Erhalt der Budgethilfe gestellt wurden, nicht erfüllt werden (OECD 2006, 54; SPA 2006, 69). Es traten zudem Inkongruenzen zwischen dem Nationalen PRSP- und Haushaltskalender sowie den Gebermissionen und -entscheidungen auf, da diese nicht angemessen auf erstere abgestimmt wurden (Schmidt 2006, 72).

Äthiopien war 2006 eines der drei Länder, in denen der IMF Pilotprojekte durchführte, um einen konzeptionellen Rahmen zu entwerfen, der dazu dienen sollte, Budgethilfe an die Implementierung nationaler Armutsbekämpfungsstrategien anzupassen. Ziel dieser Pilotprojekte war es, Problemen, die hinsichtlich *Alignment*, Steuerung, Vorhersehbarkeit und Koordinierung bei dieser Art der Entwicklungsfinanzierung vom Empfängerstaat und von den Geberländern erkannt wurden, zu begegnen. Vereinbart wurde, dass die Erfüllung festgelegter Ziele der Armutsbekämpfung in Zukunft die Vergabe von Budgethilfemitteln beeinflussen solle. Allerdings wurden genaue Indikatoren, unter welchen Umständen eine Reduzierung oder Suspendierung von Budgethilfe stattfinden sollte, nirgends festgelegt (OECD 2006, 56). Damit wurde eine gewisse Unvorhersehbarkeit und Unsicherheit in Bezug auf den Erhalt von Budgethilfe hervorgerufen, da die Empfängerregierung keine exakten Informationen darüber hatte, unter welchen Umständen Budgethilfe gekürzt werden würde. Geber könnten unter diesen Bedingungen spontan entscheiden, ob Gründe für Kürzungen von Budgethilfe vorlägen.

Eine Untersuchung, die Budgethilfeleistungen in mehreren afrikanischen Ländern südlich der Sahara analysiert, zeigt, dass Budgethilfe in Äthiopien – neben Malawi, Mali, Ruanda und Sambia – am volatilsten ist und das ostafrikanische Land stark von diesen Schwankungen der Direktzahlungen an den nationalen Haushalt betroffen ist (Knoll 2008, 5). Diese Schwankungen und der Rückgang, vor allem der allgemeinen Budgethilfe, verstärkten sich ab 2005 (siehe Tabelle 2) aufgrund der aktuellen politischen Entwicklungen nach den Wahlen im Mai des Jahres und der Reaktion der Gebergemeinschaft auf diese Ereignisse.

Tabelle 2: Entwicklung der Auszahlung von allgemeiner Budgethilfe verschiedener Geber in Äthiopien 2005 - 2007[8] in Mio US $

	2005	2006	2007	gesamt 2005 - 2007	Anteil an der gesamten ODA 2005
Kanada	20,751	0,393	0	21,144	51,27 %
EC	23,020	0,040	0	23,060	13,75 %
Schweden	6,691	0	0	6,691	13,5 %
Japan	4,541	0	0	4,541	13,28 %
Deutschland	4,971	0	0	4,971	9,75 %
Italien	0,111	0,015	0,005	0,131	0,13 %
Spanien	0	0,009	0	0,009	0
Großbritannien[9]	0	0	0	0	0
alle Geber gesamt	60,085	0,457	0,005	60,547	11,8 %

Quelle: eigene Berechnungen laut OECD/DAC *Creditor Reporting System* (CRS). Online im Internet: http://stats.oecd.org/WBOS/Index.aspx?DatasetCode=CRSNEW (Stand: 30.5.2009)

6. Aktuelle Entwicklungen

6.1. Die Parlamentswahlen 2005 und ihre Auswirkungen auf die allgemeine Budgethilfe

2005 wurden in Äthiopien Parlamentswahlen abgehalten, deren Ausgang den weiteren politischen Verlauf und die Reaktion der Gebergemeinschaft stark beeinflussen sollte: In der Zeit vor den Wahlen war eine unerwartete Offenheit und Dynamik im Verlauf der politischen Geschehnisse zu erkennen, was externe Beobachter – insbesondere bei den Geberregierungen – auf einen freien und fairen Verlauf der Wahlen und auf weitere Schritte in Richtung Demokratisierung in Äthiopien hoffen ließ. Allerdings wurde schon vor den Wahlen befürchtet, dass diese politische Öffnung keine Politik war, der sich die Regierungspartei *Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front* (EPRDF) auf Dauer verpflichten würde, sondern eher eine Antwort auf den Druck von Geberländern darstellte, sich den Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu unterwerfen und den Demokratisierungsprozess weiter zu verfolgen (Abbink 2006, 181). Sowohl die EPRDF selbst als auch die Gebergemeinschaft erwartete, dass es trotz dieser politischen Öffnung eine eindeutige Mehrheit für die Regierungspartei geben würde.

Durch die Liberalisierung des politischen Systems und dem Entstehen von kritischer Presse, sowie insbesondere in verschiedenen Fernsehsendern sehr präsenten Oppositionskandidaten (Interview Wolfgang Böhm) kam es schließlich bei den Wahlen vor allem in urbanen Gebieten zu einem enormen – unerwarteten – Stimmverlust der Regierungspartei EPRDF[10] unter dem amtierenden Premierminister Meles Zenawi. (Peters-Berries 2006, 2- 3)[11]. Trotz des enormen Erfolges der beiden Oppositionsparteien *Coalition*

[8] Die Tabelle gibt nur die Zahlen wieder, die im CRS des DAC explizit als *allgemeine Budgethilfe* ausgewiesen werden. Die Vollständigkeit kann nicht garantiert werden, da diese Hilfsmodalität sehr oft von Geberländern in anderen Positionen verortet wird und somit häufig nicht klar in der Aufschlüsselung nach den verschiedenen Kategorien aufscheint. Die Unvollständigkeit lässt sich daraus erkennen, dass andere Quellen die Höhe der allgemeinen Budgethilfe für das Finanzjahr 2004/2005 bei 367,3 Mio US $ festlegen (vgl. SPA 2006, 35).

[9] Großbritannien hätte laut der *CRS Data Base* der OECD für 2006 9,201 Mio US $ an allgemeiner Budgethilfe für Äthiopien zugesagt.

[10] Die EPRDF ist seit 1991 an der Macht.

[11] Die Oppositionsparteien konnten ihre Sitze im Parlament von 12 auf 174 steigern (vgl. Abbink 2006, 184).

for Unity and Democracy (CUD) und *United Ethiopian Democratic Forces* (UEDF), die fast alle Sitze in größeren Städten und vor allem in Addis Abeba gewinnen konnten, kam es nach den Wahlen zu Protesten der Opposition und bereits während der Stimmauszählung gab es Forderungen nach Neuwahlen in jenen Wahlkreisen, in denen angeblich Unregelmäßigkeiten aufgetreten waren. Zudem verzögerte sich die Auszählung der Stimmen um mehrere Wochen, was die Proteste der Opposition und den Verdacht auf Wahlfälschung weiter verstärkten (Abbink 2006, 184).

In weiterer Folge kam es zu politischen Unruhen und Demonstrationen – ausgelöst vor allem durch die vorzeitige Verkündung des Wahlsieges der EPRDF von Seiten regierungsnaher Medien und auch dadurch, dass Wahlergebnisse von der Wahlkommission nicht veröffentlicht wurden. Die Proteste wurden von der Regierung schließlich gewaltsam und blutig niedergeschlagen. Es kam von Seiten der Machthaber zu schweren Menschenrechtsverletzungen und zum Bruch mit der zuvor mühsam aufgebauten demokratischen Regierungsführung[12] (vgl. Abbink 2006; Peters-Berries 2006).

Die Unruhen nach den Wahlen und die von der Regierungspartei begangenen Verletzungen demokratischer Prinzipien erregten internationale Aufmerksamkeit. Bereits in den ersten Wochen nach den Wahlen versuchte die EU als Vermittler zwischen Regierungspartei und Opposition aufzutreten und äußerte noch vor der Veröffentlichung der Ergebnisse ihre Bedenken an deren Richtigkeit. Die politische Liberalisierung Äthiopiens vor den Wahlen hatten die im Land zahlreich vertretenen Geber vor allem auf ihr permanentes Appellieren an die Regierung zu mehr Demokratie und guter Regierungsführung – und auch auf die Wirksamkeit der Bedingungen, die in Bezug auf diese Themen an verschiedene Hilfsmodalitäten wie z. B. Budgethilfe geknüpft wurden – zurückgeführt. Durch die Ereignisse nach den Wahlen wurde somit die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Bezug auf *Good Governance* erheblich in Frage gestellt (Peters-Berries 2006, 5).

Zusätzlich zur politischen Krise kam es in Folge des Wahlausgangs und der chaotischen politischen Verhältnisse auch zu steigenden makroökonomischen Ungleichgewichten, worauf insbesondere die Budgethilfe-Geber eine Änderung der Wirtschaftspolitik forderten (van der Hejden 2007, 3).

Die Geber waren somit – um ihre Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren – regelrecht gezwungen zu handeln. Insbesondere die Drohung mit der Kürzung oder Streichung der Vergabe von allgemeiner Budgethilfe bot sich hier an, um schnell auf die politische Krise reagieren zu können und eine klare Botschaft an die äthiopische Regierung zu senden. Seit 2005 ist daher ein starker Rückgang vor allem der allgemeinen Budgethilfe in Äthiopien zu verzeichnen. Mehrere Geber, die sich in der DAG organisiert haben, beschlossen die Aussetzung der allgemeinen Budgethilfe an Äthiopien Anfang 2006 – allen voran Großbritannien, das im Januar 2006 die Streichung der gesamten vereinbarten allgemeinen Budgethilfe im Wert von 88 Mio US $ für 2005 bekannt gab (vgl. ODI 2006). Auch die Weltbank, die sich aufgrund des positiven Verlaufs des wirtschaftlichen Wachstums in Äthiopien seit 1991 in der Debatte um die demokratische Entwicklung des Landes eher zurückgehalten hatte, rechtfertigte die Streichung ihrer direkten Hilfe an den äthiopischen Staatshaushalt als Reaktion auf die politischen Unruhen. Insgesamt hielten die Geber der DAG in Äthiopien im Dezember 2005/Januar 2006 374 Mio US $ an allgemeiner Budgethilfe zurück (Abbink 2006, 189/190).
Der äthiopischen Regierung, die auf die Steigerung der direkten Budgethilfe von 440 Mio US $ (2003/2004) auf rund 1,6 Mrd US $ im Jahr 2005/2006 gehofft hatte (Peters-Berries

[12] Während der Demonstrationen im Juni 2005 in Addis Abeba wurden mindestens 36 Menschen von Sicherheitskräften erschossen und tausende wurden inhaftiert (Peters-Berries 2006, 3). Erst 3 Monate nach der Wahl wurden die Ergebnisse verkündet. Danach weigerten sich Oppositionspolitiker wegen des Verdachts auf Manipulationen und der gewalttätigen Übergriffe ihre Parlamentssitze einzunehmen. Mehrere Oppositionspolitiker wurden festgenommen und mindestens einer wurde unter ungeklärten Umständen ermordet (vgl. Abbink 2006, 185).

2006, 5), drohte somit ein Rückgang der Mittel aus Entwicklungszusammenarbeit und insbesondere der Mittel aus allgemeiner Budgethilfe[13]. Die Daten des MOFED zeigen, dass Hilfszusagen internationaler Geber von insgesamt 2.075 Mio US $ im Jahr 2004/2005 auf 966 Mio US $ im Jahr 2005/2006 gefallen sind (vgl. van der Hejden 2007, 3). Äthiopiens Regierungsvertreter appellierten mehrmals an die Geber, die allgemeine Budgethilfe nicht zu streichen, da dies – auch wenn die Gelder umgeschichtet würden – negative Auswirkungen auf die Umsetzung des nationalen Armutsbekämpfungsprogramms hätte (vgl. IRIN 2005).

Auch von Seiten wissenschaftlicher Institutionen wie dem ODI und von NGOs wurden Bedenken geäußert: Es wurde befürchtet, dass die Streichung der Budgethilfe vor allem auf die ärmeren Schichten der äthiopischen Bevölkerung Auswirkungen haben könnte, da Basisdienstleistungen, wie beispielsweise in den Sektoren Bildung und Gesundheit oder auf dem Wassersektor und im Straßenbau, durch den Wegfall der Geberunterstützungen in Form von allgemeiner Budgethilfe von der äthiopischen Regierung nicht mehr garantiert werden könnten. Zudem wurden negative makroökonomische Folgen erwartet, da davon ausgegangen wurde, dass die äthiopische Regierung auf die Kürzung der Budgethilfe mit einer stärkeren Verschuldung reagieren würde (vgl. ODI 2006).

6.2. Das *Protection of Basic Services*-Programm als Reaktion der Geber

Als Reaktion der Geber auf die Streichung der allgemeinen Budgethilfe wurde im November 2006 mit Mitteln der Weltbank und von DFID das Programm *Protection of Basic Services* (PBS) mit einer Laufzeit über zwei Fiskaljahre bis Juni 2008 geschaffen[14]. Weitere Geber wie Irland, Kanada, die Europäische Kommission, die deutsche KfW und die Niederlande beschlossen daraufhin ebenfalls, die suspendierten Gelder für Budgethilfe bzw. zusätzliche Mittel über PBS zu kanalisieren[15].

Begründet wurde die Schaffung dieses neuen Instruments der Zusammenarbeit mit dem Argument, dass dadurch die negativen Auswirkungen des Wegfalls der allgemeinen Budgethilfe auf die Verbesserung der Situation der Armen verhindert werden sollten (Worldbank 2006). Durch die fehlenden Gelder im nationalen Budget wären insbesondere die sozialen Sektoren betroffen gewesen. Die Schaffung des PBS wurde nun als schnelle Reaktion und als geeignete Alternative zur Auszahlung von direkter Budgethilfe dargestellt. Das Vorhaben wurde über Systeme des öffentlichen Finanzmanagements (PFM) der Regierung abgewickelt. Der entscheidende Unterschied zur Budgethilfe ist, dass bei PBS-Operationen stärkere Kontrollmechanismen von Seiten der Geber eingeführt wurden (i. e. noch pünktlichere und detailliertere Berichterstattung über die Verwendung der Gelder), dass Mittel an dezentrale Strukturen vergeben werden und dass die Mittel des PBS zweckgebunden sind und der Regierung nicht – wie zuvor die allgemeine Budgethilfe – zur freien Verfügung stehen. Explizit ausgeschlossen wird die Verwendung der Mittel z.B. für nationale Sicherheit aber auch für Bergbau und Energie. Zudem sollte durch zusätzliche Komponenten der technischen Hilfe der Dialog zwischen staatlichen und dezentralen Strukturen auf lokaler Ebene und zwischen diesen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gestärkt werden. Das Programm hat vier Komponenten:

- Der *Basic Service Grant* soll die regionalen und lokalen Regierungen dabei unterstützen, Basisdienstleistungen für die dort lebende Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, das betrifft Bildung, Basisgesundheitsdienste, Wasserversorgung und Sanitäreinrichtungen.

[13] Sektorbudgethilfen waren von diesen Streichungen nicht betroffen.
[14] Das EFY (*Ethiopian Fiscal Year*) läuft von Juli bis Juni des Folgejahres. Somit lief PBS I von Juni 2006 bis Juli 2008.
[15] Die irische DCI (*Development Cooperation Ireland*) hatte die Möglichkeit der Vergabe von allgemeiner Budgethilfe im Länderstrategieplan 2005 – 2007 ausführlich diskutiert und in Betracht gezogen; ungebundene Budgethilfe wurde allerdings von diesem Geberstaat bisher noch nicht an Äthiopien ausbezahlt (vgl. DCI 2005). Auch bei den Niederlanden liegt keine Information darüber vor, dass vor dem PBS bereits allgemeine ungebundene Budgethilfe geleistet wurde.

Dabei werden die Mittel über das Überweisungssystem für *block grants* der Zentralregierung auf dezentrale Ebenen kanalisiert. Dadurch weist diese Komponente ebenfalls Merkmale von Budgethilfe auf, allerdings ist die Vergabe der Mittel an bestimmte Sektoren gebunden (AfDB 2008, 10). 90 % der Mittel wurden für diese Komponente vorgesehen (Weltbank 2006).

- Der *Health MDG Performance Pooled Fund* soll zusätzlich zur Verbesserung der Gesundheitsdienstleistungen beitragen, indem u. a. wichtige Güter zur Verfügung gestellt werden, die die Gesundheitssituation verbessern, z. B. Moskitonetze, Impfstoffe etc. (vgl. Worldbank 2006).
- Die Komponente *Government Systems on Financial Transparency and Accountability* soll auf dezentraler Ebene Aktivitäten unterstützen, die Transparenz und Partizipation im Budgetprozess fördern (vgl. Worldbank 2006; AfDB 2008, 11- 13).
- Die *Social Accountability*-Komponente zielt auf die Zivilgesellschaft ab und soll die Mitbestimmung und die Verwendung von Mechanismen der sozialen Verantwortung der äthiopischen Bevölkerung fördern. Die Projekte dieser Komponente werden von zivilgesellschaftlichen Organisationen abgewickelt (vgl. Worldbank 2006; Hompage des *Ethiopian Social Accountability Project*).

Mit den beiden letzten Komponenten werden explizit Transparenz, Verantwortung gegenüber der Zivilgesellschaft sowie Partizipation gestärkt, was als Antwort der Geber auf die die Demokratie unterlaufenden Ereignisse und Praktiken der Regierung nach den Wahlen 2005 gewertet werden kann. Eine Form der Budgethilfe stellt nur die erste Komponente des Programms dar, die als zweckgebundene Budgethilfe gewertet werden kann.

Das PBS, das Geld an Regionen und Distrikte (*kebele- und woreda*-Ebene) auszahlt, soll auch zu Dezentralisierung und zu mehr Transparenz beitragen: Die internationalen Geber und die Regierung kontrollieren und überwachen gemeinsam die Finanzmittel des PBS, ihre Verteilung auf subnationaler Ebene sowie die Fairness dieser Verteilung – allerdings ohne direkt in die Entscheidungskompetenzen der lokalen Autoritäten einzugreifen, die ihre Finanzen selbst verwalten (vgl. Mokoro Ltd 2008, 48).

Trotz allem wurde auch im PBS-Programm eine hohe Unvorhersehbarkeit bezüglich der Höhe und des Zeitpunkts der Auszahlung der Gelder festgestellt: Da eine große Summe der Gelder für das PBS verspätet angewiesen wurde, war es für die zentrale und für die lokalen Regierungen 2006 schwierig, die Verwendung der Budgetmittel für die betreffenden Sektoren zu planen. Die große Anzahl und die Unübersichtlichkeit der Konditionen für die Vergabe des PBS erschwerten die Auszahlung zusätzlich. Viele der Mittel wurden daher nicht an subnationale Regierungen überwiesen, sondern verblieben vorerst auf den Konten der Zentralregierung (DAG 2008, 24; AfDB 2008, 7).
Kritisiert wird von mehreren Seiten, dass diese Umleitung der Budgethilfe von nationalen auf dezentrale Strukturen keine großen Änderungen mit sich bringe. Fast überall – auch auf Provinzebene – sei die Regierungspartei EPRDF an der Macht und somit würde das Problem, dass man jenen Regierungen, die die Regeln der guten Regierungsführung ignorierten und Menschenrechtsverletzungen begingen keine Verantwortung für Gebergelder übertragen solle, nicht gelöst (vgl. Ethiomedia 2006).

Das PBS-Programm ersetzte die zuvor direkt an die äthiopische Regierung ausgezahlte allgemeine Budgethilfe bis 2008 vollständig. Es wurden 2007 von mehreren Gebern zusätzliche Mittel zur Finanzierung des Projekts bereitgestellt, die als Ersatz für die ausgefallene allgemeine Budgethilfe an Äthiopien gewertet werden können. Das PBS hat sich somit von einer vorübergehenden Maßnahme als Reaktion der Geber auf die Streichung der allgemeinen Budgethilfe zu einem Instrument weiterentwickelt, das von den Gebern als

fixer Bestandteil der Armutsbekämpfungsstrategie in Äthiopien gesehen wird. In gewisser Weise fand somit eine Transformation von allgemeiner Budgethilfe zu einer Kombination aus verschiedenen *aid modalities*, also Sektorbudgethilfe (Komponente 1) in Verbindung mit technischer Hilfe und Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen (Komponenten 2, 3 und 4), statt. Der Dialog zwischen der äthiopischen Regierung und der Gebergemeinschaft wurde durch diese Maßnahmen allerdings erheblich geschwächt (van der Hejden 2007, 3).

2009 wurde das PBS II ins Leben gerufen, zu dem drei neue Geber beitragen werden: Neben Italien und Spanien wird voraussichtlich auch Österreich 10,9 Mio US $ für das PBS II zur Verfügung stellen (Worldbank 2009). Das PBSII besteht wieder aus vier Komponenten. Im Subprogramm A soll insbesondere Zugang und Qualität der Basisdienstleistungen im Bereich Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft, Wasser und Straßen verbessern, die von den regionalen Gebietskörperschaften bereitgestellt werden. Subprogramm B wird die Äthiopische Gesundheitssektorstrategie unterstützen, Subprogramm C zielt auf eine Erhöhung von Transparenz und Rechenschaftspflicht, Subprogramm D wird Monitoring und Evaluierungsmaßnahmen unterstützen (Weltbank 2009).

6.3. Die Lokalwahlen 2008

Im April 2008 fanden schließlich Lokalwahlen auf den Ebenen der *kebele* (Gemeinden) und *woreda* (Distrikte) statt, die laut Gesetz ursprünglich bereits 2005 hätten durchgeführt werden sollen, aber aufgrund der Unruhen und Unregelmäßigkeiten während und nach den Parlamentswahlen 2005 verschoben wurden. Wegen der Umschichtung der Budgethilfe der Geber auf das PBS-Programm gewannen die *kebele*- und *woreda*-Regierungen an Macht und Bedeutung: Durch die direkte Kanalisierung von Hilfsgeldern über lokale Ebenen verwalten diese subnationalen Regierungen mehr Ressourcen als je zuvor (Aalen/Tronvoll 2009).

Bei den lokalen Wahlen 2008 kam es zu keiner nennenswerten Konkurrenz zwischen der Regierungspartei und den Oppositionsparteien, da letztere bereits im Vorfeld weitgehend ausgeschaltet wurden, da sie durch verschiedene Mittel zum Rückzug ihrer Kandidatur gezwungen oder erst gar nicht zur Registrierung zugelassen wurden bzw. die Wahl boykottierten (vgl. Aalen/Tronvoll 2009). Zusätzlich konnte die äthiopische Regierungspartei bzgl. Strategien für ein gutes Abschneiden bei den Wahlen auch auf die Beratung von Geberländern zurückgreifen. So wurden etwa zahlreiche Kleinkredite an Bauern verteilt (Interview Wolfgang Böhm).

Die Regierungspartei EPRDF gewann bei den Wahlen fast alle Sitze in den lokalen Distrikt- und Gemeinderäten. Die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Geberstaaten Äthiopiens verhielten sich – im Gegensatz zu ihrer Rolle als Verteidiger demokratischer Prinzipien bei den Wahlen 2005 – vor, während und nach den Lokalwahlen von 2008 eher zurückhaltend. Die Opposition wandte sich im Vorfeld mehrmals an die DAG, um von dieser Unterstützung z.B. bei der Finanzierung von lokalen Wahlbeobachtern zu bekommen. Schließlich beschlossen mehrere internationale Geber, Wählerschulungen und nationale Wahlbeobachtung mit zu finanzieren. Die Maßnahmen hatten allerdings nur geringfügige Auswirkungen, da die Wählerschulungen erst nach der Wählerregistrierung stattfanden und viele NGOs, die versuchten als Wahlbeobachter aufzutreten, vom *National Electoral Board* nicht zugelassen wurden (Aalen/Tronvoll 2009, 118).

Durch die Ergebnisse der Lokalwahlen, mit denen die EPRDF in fast allen Regionen des Landes weiter an Macht gewonnen hat, verschärft sich die bereits oben erklärte Problematik für die Gebergemeinschaft. Durch die Einführung des PBS und die damit einhergehende Streichung der allgemeinen Budgethilfe und Kanalisierung der Gelder über lokale Strukturen

wurde keine Lösung gefunden, um auf die undemokratischen Strukturen und Prozesse, die von der Regierungspartei EPRDF bei diesen Wahlen weiter ausgebaut und gestärkt wurden, adäquat zu reagieren, ohne dabei die Fortschritte in der Armutsbekämpfung zu gefährden. Gleichzeitig besteht von Geberseite her durchaus ein Interesse an einem Machterhalt der Regierungspartei, bzw. an einem stabilen Regime nicht zuletzt deshalb weil Äthiopien eine wichtige strategische Rolle am Horn von Afrika spielt, z.B. im Zusammenhang mit der Konfliktsituation in Somalia. Tausende äthiopische Soldaten sind dort stationiert. Weiters gibt es auch ökonomische Interessen an einer politischen Kontinuität – Äthiopien ist z.B. ein Transitland für Erdöl, hat Gold und Marmorvorkommen und stellt (mit einer stark defizitären Leistungsbilanz) einen Absatzmarkt für Industrie- und Konsumprodukte dar.

Zudem hat nicht zuletzt der Druck, der auf der internationalen Gebergemeinschaft lastet, um die UN-Entwicklungsziele in Äthiopien zumindest ansatzweise zu erreichen, sie bisher davon abgehalten, auf den Entdemokratisierungsprozess, der nach den Lokalwahlen 2008 noch zugenommen hat, zu reagieren und signifikante Kürzungen der Entwicklungshilfegelder für die äthiopische Regierung – auf zentraler oder lokaler Ebene – durchzuführen (Aalen/Tronvoll 2009, 119)[16].

Die nächsten zentralen und regionalen Wahlen sind für Juni 2010 vorgesehen. Es kann erwartet werden, dass diese zu größeren Spannungen führen werden, da zahlreiche Oppositionsparteien ihre Kanditur vorbereiten. Verschiedene Parteien versuchen durch die Gründung des Forum for Democratic Dialogue (FFD) ihre Kräfte zu bündeln, die Findung von gemeinsamen Positionen erweist sich allerdings als schwierig.

Angesichts der Tatsache, dass diese Wahlen große internationale Aufmerksamkeit auf sich ziehen werden, steht die Regierung vor der Herausforderung, die Wahlen als fair erscheinen zu lassen und gleichzeitig zu große Gewinne der Oppositionsparteien zu verhindern Derzeit ist es wahrscheinlich, dass Oppositionsführer weiter unter starkem Druck stehen werden und nur eingeschränkt agieren können. Im Juli 2009 hat das Parlament ein scharfes Anti-Terror-Gesetz verabschiedet, mit einer sehr breiten Definition von „terroristischen Aktivitäten“, die den Sicherheitskräften breiten Handlungsspielraum gewährt (International Crisis Group, 13).

6.4. Ein neues Gesetz für Nichtregierungsorganisationen und seine Auswirkungen

Im Januar 2009 wurde vom äthiopischen Parlament ein Gesetzesentwurf verabschiedet, der der Regierung die Möglichkeit gibt, in Zukunft Aktivitäten von im Land tätigen Nichtregierungsorganisationen enorm einzuschränken. Explizit verbietet dieses Gesetz ausländischen und nationalen NGOs, die mehr als 10 % ihrer Mittel von ausländischen Gebern erhalten, in Handlungsfeldern wie beispielsweise Schutz von Menschenrechten, Konfliktlösung oder Schutz von Frauenrechten, Kinderrechten oder Rechten von Menschen mit Behinderung tätig zu sein (vgl. Human Rights Watch 2008). Dadurch könnten die Handlungsspielräume dieser Institutionen enorm eingeschränkt werden, was auch das Ende des Bestehens mehrerer Nichtregierungsorganisationen bedeuten würde, die in diesem Bereich arbeiten, da nationale Finanzierungsmöglichkeiten kaum vorhanden sind (Economist Intelligence Unit 2009, 8).

Gleichzeitig kann dieser Beschluss auch wesentliche Auswirkungen auf die Praktiken der Geber haben, ihre Gelder über diese lokale bzw. ausländische NGOs, zu kanalisieren. Durch

[16] Vor allem die USA unterstützen die äthiopische Regierungspartei EPRDF, weil sie eine wichtige Rolle in der Terrorismusbekämpfung am Horn von Afrika innehat, was als einer der Gründe gewertet werden kann, warum kaum Druck von der internationalen Gemeinschaft auf die EPRDF ausgeübt wird, ihren in der Verfassung festgelegten demokratischen Grundsätzen zu folgen (vgl. Aalen/Tronvoll 2009, 118).

die Streichung der Budgethilfe nach den politischen Unruhen von 2005 griffen Geber wieder vermehrt auf die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zurück – beispielsweise in Form der Komponente 4 des PBS – um die zurückgehaltenen Gelder über andere Wege zu leiten. Diese Praxis kann durch das neue *Gesetz* in Zukunft von der äthiopischen Regierung unterbunden werden. Auch wenn nicht alle NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die von Gebern finanziert werden, in Menschenrechts- und Konfliktlösungsbereichen tätig sind, so können doch viele Aktivitäten diesen Feldern zugeordnet werden. Der Interpretationsspielraum für die neu einzurichtende *Charities and Societies Agency* (vgl. Human Rights Watch 2008), die im September 2009 ihre Tätigkeit aufgenommen hat und die Aktivitäten von NGOs künftig überwachen soll, ist relativ groß. Es besteht die Gefahr, dass vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen, die der Opposition zugerechnet werden, von dieser neuen Regelung betroffen sein könnten.

Aus der aktuellen Situation ergibt sich ein Dilemma für die bi- und multilateralen Geber, welche in Äthiopien tätig sind: Einerseits kann der Spielraum, Gelder über NGOs abzuwickeln beschränkt werden, andererseits hat sich durch die als Reaktion auf die politischen Ereignisse 2005 gesetzten Maßnahmen und die daraus resultierende Streichung der Budgethilfe der Dialog und die Zusammenarbeit mit der äthiopischen Regierung enorm erschwert. Die Geber haben kaum mehr Handlungsspielräume, wie sie auf diese neue – die demokratischen Strukturen des Landes untergrabende – Maßnahme der äthiopischen Regierung reagieren sollen. Zwangsweise würde die Umsetzung des nunmehrigen Gesetzes bei gleich bleibender Höhe der ODA in Zukunft wiederum eine vermehrte Zusammenarbeit mit der Regierung und eine Kanalisierung der Hilfsgelder über Regierungsstrukturen bedeuten. und das wiederum würde die Glaubwürdigkeit der Geber in Bezug auf ihre Konditionalitäten die gute Regierungsführung betreffend untergraben.

Es stellt sich zudem die Frage, ob die Einführung des besagten Gesetzes, das den Handlungsspielraum von NGOs und deren ausländischen Finanzgebern enorm einschränken kann, auch als eine Reaktion der Regierung auf die Streichung der allgemeinen Budgethilfe und den damit einhergehenden Verlust von Handlungsfreiheiten gewertet werden kann. Durch das Inkrafttreten der neuen Regelung für NGOs würde sie wieder mehr Möglichkeiten bekommen und Geber dazu veranlassen, direkt mit Regierungsinstitutionen zu kooperieren und über sie ihre Mittel der ODA abzuwickeln. Dabei ist sich die äthiopische Regierung durchaus ihrer Macht der Geberinteressen an ihrem Verbleib an derselben bewusst.

Menschenrechtsorganisationen wie beispielsweise *Human Rights Watch* kritisieren dieses Gesetz scharf und kritisieren gleichzeitig auch die Geberländer, die hier keine adäquaten Maßnahmen setzen und weiterhin direkte Hilfe – z. B. in Form des PBS oder in Form von Sektorbudgethilfe – an die äthiopische Regierung leisten. Laut *Human Rights Watch* ist dies ein Beispiel von *bad donor policy*. Es wird von den Gebern zunehmend verlangt, offiziell Position zu beziehen und auf die Missachtung von grundlegenden Menschenrechten und die Untergrabung der Demokratie in Äthiopien zu reagieren (vgl. Human Rights Watch 2008/Human Rights Watch 2009). Bisher äußerten sich die Geber allerdings öffentlich nicht kritisch gegenüber den jüngsten Entwicklungen und es kam auch noch zu keinerlei Konsequenzen für die Vergabe von Hilfe an die äthiopische Regierung.

7. Schlussfolgerungen

Das Beispiel Äthiopien zeigt auf, dass in Bezug auf die Gewährung von allgemeiner Budgethilfe sehr viele Diskrepanzen und Interessenskonflikte auftauchen können. Die Entscheidungen der Geber über die Vergabe, das Zurückhalten, die Umschichtung oder die Streichung von Budgethilfe kann nicht immer nach eindeutigen, formalen Kriterien ablaufen. Teilweise ist es unmöglich für sie, adäquat auf Situationen zu reagieren ohne Probleme hervorzurufen und oft kommt es abermals zu neuen Herausforderungen aufgrund gewisser Entscheidungen, welche den Handlungsspielraum der Geber immer weiter einschränken. Bei näherer Betrachtung ist zu erkennen, dass die Vergabe von Budgethilfe zu einem hohen Grad nach politischen – und nicht nach technischen – Kriterien abläuft und das strategische Interesse der Geber widerspiegelt.

Erkennbar ist in Äthiopien vor allem, dass der in der Pariser Deklaration festgelegten und erwünschten Vorhersehbarkeit und damit einhergehender Planbarkeit bei der Gewährung von allgemeiner Budgethilfe nicht immer Rechnung getragen werden konnte: Grundsätzlich war bereits vor den Ereignissen von 2005 eine gewisse Unvorhersehbarkeit in den Vergabepraktiken von allgemeiner Budgethilfe bei den bi- und multilateralen Gebern in dem ostafrikanischen Staat zu beobachten. Die Bedingungen, von denen Budgethilfe abhing (z. B. der Nachweis bestimmter Erfolge in der Armutsbekämpfung seitens der Regierung), waren nicht genau festgelegt und somit war unklar, in welchen Situationen Geber veranlasst waren, Budgethilfe einzubehalten. Nach den Wahlen 2005 und der Kürzung bzw. Umschichtung der Gelder durch verschiedene Geber verschlechterten sich die Indikatoren in Bezug auf Vorhersehbarkeit von Budgethilfe noch weiter (Mokoro Ltd 2008, 23).

Zudem hatte die Suspendierung der Mittel zunächst auch negativen Einfluss auf den Anteil jener Hilfsgelder, welche über staatseigene Finanzsysteme und über das staatliche Haushaltsbudget (*aid on budget*) laufen, was sich ungünstig auf den in der Pariser Deklaration festgelegten Grundsatz der Anpassung auswirkt (Mokoro Ltd 2008, 17). Das PBS wird allerdings über das staatliche *Public Financial Management System* abgewickelt (OECD 2008, 10) und somit wird versucht, das Prinzip des *Alignment* weitgehend zu erfüllen. Die Herausforderung liegt allerdings noch immer darin, die Kompetenzen von Regierungsbeamten und eigenen Systemen zu stärken, um die Abwicklung über die lokalen Strukturen effizienter und effektiver zu gestalten.

Vor allem die lange Unsicherheit über die Vergabe der ausstehenden Mittel bei suspendierter Budgethilfe und auch die Unvorhersehbarkeit der Höhe und des Zeitpunkts der Auszahlung hatten negative Auswirkungen auf die Planbarkeit von Maßnahmen auf nationaler Ebene. Es entstand zunehmend eine Diskrepanz zwischen dem Grundsatz der Gebergemeinschaft, Hilfe an nationale Strukturen anzupassen und der Verantwortung, die Geber haben, undemokratische Regierungen durch die Vergabe von Budgethilfe nicht noch weiter zu stärken und Gelder somit in deren Kontrolle zu übertragen. Das Wahljahr 2005 in Äthiopien war ein Schock für die Gebergemeinschaft, die zuvor den Anspruch erhoben hatte, durch die Gewährung finanzieller Hilfe gewissermaßen den Demokratisierungsprozess zu fördern. Diese Annahme wurde durch die Vorfälle bei und nach den letzten Parlamentswahlen weitgehend widerlegt, wodurch die Geber gezwungen wurden, auf diese neue Situation zu reagieren, um ihre Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren.

Das Aussetzen der Budgethilfe stellte hierbei zunächst eine effektive Maßnahme dar, um rasch auf politische Krisen in Empfängerstaaten eine Antwort zu finden. Diese Eigenschaft, die die Vergabe bzw. das Zurückhalten und die Streichung der Mittel mit sich bringt, wird von den Gebern zunehmend positiv bewertet – wie dies auch in jüngster Zeit bei der Streichung der Gelder als Reaktion auf die undemokratischen Lokalwahlen in Nicaragua 2008 zu beobachten war –, widerspricht in gewisser Weise allerdings dem Grundsatz des *Ownership,* der

in der Pariser Deklaration festgelegt ist, und mit welchem die Vergabe von Budgethilfe häufig gerechtfertigt und verteidigt wird, da sie genau diese Eigenverantwortung der Empfängerregierungen fördern soll.

Auch die Umschichtung der Mittel auf das PBS-Programm, das ebenfalls als Budgethilfe gewertet werden kann, ist ein zweischneidiges Schwert:

- Einerseits wird dem Anspruch Rechnung getragen, dass die Streichung der Mittel keine Auswirkungen auf die ärmsten Schichten der Bevölkerung haben darf und es zu keinem Rückschritt in der Erreichung der MDGs (Millennium Development Goals) in Äthiopien durch diese von den Gebern ergriffenen Maßnahmen kommt,
- andererseits wird durch dieses Programm wiederum die Regierungspartei unterstützt, indem die Gelder der Geber über dezentrale *kebele*-und *woreda*-Strukturen fließen, welche weitgehend von der EPRDF kontrolliert werden.

Durch die jüngsten Ereignisse wurde diese Problematik noch weiter verschärft, da nach den lokalen Wahlen 2008, deren Ablauf als Rückschritt im äthiopischen Demokratisierungsprozess gesehen werden kann, die EPRDF auf lokaler Ebene noch mehr Macht hat und das neue Gesetz zudem Nichtregierungsorganisationen in ihrem Handeln extrem einschränkt. Dies hat zur Konsequenz, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in Zukunft als Abwicklungskanäle für Hilfsgelder in gewissen Sektoren wegfallen könnten.

Ungewiss ist auch noch, ob die Streichung der Budgethilfe negative Auswirkungen vor allem auf jene Sektoren hatte, die maßgeblich zur Bekämpfung der Armut beitragen, indem die Lücke im staatlichen Haushaltsbudget, welche durch das Ausbleiben dieser Hilfsgelder entstanden ist, durch Einsparungen im sozialen Bereich ausgeglichen wurde bzw. es zu einer Neuverschuldung von Seiten der Regierung kam, um eben diese Löcher im Budget zu stopfen. Das PBS sollte diesem Effekt zwar gegensteuern, in anderen Ländern wie beispielsweise in Nicaragua, ist die Reaktion der Empfängerregierung auf die Streichung der Budgethilfe allerdings bereits erkennbar: Hier wurde nach dieser Maßnahme Ende 2008 für 2009 umgehend ein neues Haushaltsbudget erstellt, in dem in diesen Bereichen merklich eingespart wird (vgl. INGES 2009).

Im Vergleich zu Nicaragua blieb die Regierung in Äthiopien von einer vollständigen Streichung der allgemeinen Budgethilfe durch die Umschichtung auf das PBS allerdings verschont, was wiederum zeigt, dass Geber unterschiedlich auf ähnliche Situationen und Herausforderungen in verschiedenen Ländern reagieren. Äthiopien ist im Gegensatz zu Nicaragua ein klassisches *donor darling* der Gebergemeinschaft und traditionell stark von externer Hilfe abhängig, um die Armut und den Hunger im Land ansatzweise bekämpfen zu können. Dies wurde durch die Geberpraktiken der vergangenen Jahre noch verstärkt, wie beispielsweise durch die exzessive Vergabe von Nahrungsmittelhilfe, was darin resultierte, dass lokale Landwirtschafts- und Vermarktungsstrukturen teilweise zerstört wurden. Das war auch einer der Gründe dafür, warum die äthiopische Regierung eben in erster Linie Budgethilfe als Hilfsmodalität bevorzugte, um sich so schrittweise von dieser Abhängigkeit zu befreien und selbst mehr Entscheidungskompetenzen im Prozess der Vergabe und Verwendung von Hilfsmitteln zu erlangen. Umso schwieriger wird es in dieser Situation der Abhängigkeit für die Geber in Äthiopien, auf die aktuelle Lage zu reagieren, da zu befürchten ist, dass die Streichung von Entwicklungshilfegeldern negative Auswirkungen auf die soziale Entwicklung der ärmsten Bevölkerungsschichten haben könnte. Gleichzeitig besteht wie oben erwähnt auch ein strategisches Interesse an Kontinuität und Stabilität von Seiten der Gebergemeinschaft. Diese beiden Faktoren machen eine Kürzung der Hilfe für Äthiopien in unmittelbarer Zukunft eher unwahrscheinlich (vgl. Jones 2008, 18 -19).

Die Gebergemeinschaft befindet sich daher in Äthiopien derzeit in einem Dilemma, da durch die aktuellen Entwicklungen nach den Lokalwahlen sowohl die Praktiken der Vergabe von Hilfe an dezentrale Strukturen in Frage gestellt werden müssen als auch künftig durch das neue Gesetz bezüglich der Nichtregierungsorganisationen die Kooperation mit diesen erschwert werden wird.

Mögliche Reaktionen könnten sein:

- die weitere Förderung der Vergabe von Budgethilfe – allerdings unter neuen Konditionalitäten und Voraussetzungen wie beispielsweise den weiteren Ausbau des PBS oder der Vergabe von Sektorbudgethilfen
- die Abkehr von jeglicher Form von Budgethilfe und die Rückkehr zu technischer Hilfe bei der Zusammenarbeit mit der äthiopischen Regierung
- oder die vollständige Streichung von Budgethilfe, aber auch anderer Hilfsmittel, (vgl. AfDB 2008, V) – wobei dies aufgrund der humanitären Situation in Äthiopien und unter dem Aspekt, dass die Gebergemeinschaft die prekäre Lage verbessern möchte, eher unwahrscheinlich ist.

Bisher gab es nur wenige Stellungnahmen von Seiten der bi- und multilateralen Geber zu den aktuellen politischen Entwicklungen in diesem ostafrikanischen Staat. Es bleibt daher abzuwarten, ob und wie die Geber auf die Ereignisse tatsächlich reagieren und welche Auswirkungen die jeweiligen Schritte auf die Situation im Land haben werden.

Abkürzungen

AfDB	African Development Bank
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BOP	Balance of Payments
CABRI	Collaborative Africa Budget Reform Initiative
CIDA	Canadian International Development Agency
CRS	Creditor Reporting System
CSO	Civil Society Organization
CUD	Coalition for Unity and Democracy
DAC	Development Assistance Committee
DAG	Development Assistance Group
DBS	Direct Budget Support Group
DCI	Development Cooperation Ireland
DFID	Department for International Development UK
EC	Europäische Kommission
EPRDF	Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front
EU	Europäische Union
GBS	General Budget Support
HDI	Human Development Index
IDA	International Development Association
IMF	International Monetary Fund
JBAR	Joint Budget and Aid Review
KFW	Kreditanstalt für Wiederaufbau (Deutschland)
INGES	Instituto de Investigaciones y Gestión Social
MDGs	Millennium Development Goals
MOFED	Ministry of Finance and Economic Development Ethiopia
NGO	Non Governmental Organization
ODA	Official Development Assistance
ODI	Overseas Development Institute
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OEZA	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
PFM	Public Financial Management
PBS	Protection of Basic Services
PRBS	Poverty Reduction Budget Support
SIDA	Swedish International Development Cooperation Agency

SPA	Strategic Partnership with Africa
UEDF	United Ethiopian Democratic Forces
UNDP	United Nations Development Programme

Literatur

Aalen, Lovise/Kjetil Tronvoll (2009). The 2008 Ethiopian local elections: the return of electoral authoritarianism, in: African Affairs: Volume 108, Number 430, January 2009, 111–120.

Abbink, Jon (2006). Discomfiture of democracy? The 2005 election crisis in Ethiopia and its aftermath, in: African Affairs, Volume 105, Number 419, April 2006, 173–199.

African Development Bank Group (AfDB) (2008). Programme: Protection of Basic Services. Country: Federal Democratic Republic of Ethiopia. Appraisal Report.

Alemany, Cecilia/Mónica Mongabure (2009). Zweischneidiges Schwert, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 2009/04, 151–153.

Burgmaier, Karl (2009). Eine zweite Etappe der Revolution? Zur aktuellen Entwicklung in Nicaragua, in: Sozialismus 2/2009, 39–42.

CABRI/AfDB (2008). Budget Practices and Procedures in Africa 2008. Online im Internet: http://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Generic-Documents/CABRI%20AfDB%20Front%20WEB%20-%20English.pdf (Stand: 23.9.2009)

CIA (2009). The World Factbook. Ethiopia. Online im Internet: https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/et.html (Stand: 23.9.2009)

Development Assistance Group (DAG). ODA to Ethiopia. Aid Coordination and ODA Trends. Online im Internet: http://www.dagethiopia.org/Pages/DagCommon.aspx?MenuCaption=ODA%20to%20Ethiopia (Stand: 23.9.2009)

Development Assistance Group (DAG) (2002). Consultative Group Meeting for Ethiopia. Partnership for Enhanced Development Co-operation And Poverty Reduction. Statement of the Development Assistance Group (DAG), Sunday 8 December 2002, UNCC, Addis Abeba. Online im Internet: http://www.dagethiopia.org/Public/Publications/PartnershipforEnhanced-DAGMainCGStatementDec02.pdf (Stand: 23.9.2009)

Development Assistance Group (DAG) (2008). November 2007 Joint Budget and Aid Review (JBAR) Final Report. Online im Internet: http://www.dagethiopia.org/Public/Publications/November%202007%20JBAR%20Final%20Report.doc#_Toc192992966 (Stand: 23.9.2009)

Development Cooperation Ireland (DCI) (2005). Ethiopia Country Strategy Paper 2005 – 2007. Online im Internet: http://www.irishaid.gov.ie/Uploads/Ethiopia%20cover.pdf (Stand: 23.9.2009)

Economist Intelligence Unit (2009). Country Report Ethiopia, January 2009, London.

Ethiomedia (2006). Is aid in Ethiopia a tool for, or a hindrance to, poverty reduction? A Case Against Continued Budget Support to a Repressive and Unstable Government. Online im Internet: http://www.ethiomedia.com/carepress/world_bank_051106.html (Stand: 23.9.2009)

Human Rights Watch (2008). Ethiopia: Draft Law Threatens Civil Society. Donor Governments should condemn Assault on Rights. Online im Internet: http://www.hrw.org/en/news/2008/10/13/ethiopia-draft-law-threatens-civil-society (Stand: 23.9.2009)

Human Rigths Watch (2009). EU should not tolerate Ethiopia's repression. Online im Internet: http://www.hrw.org/en/news/2009/02/18/eu-should-not-tolerate-ethiopias-repression (Stand: 23.9.2009)

Instituto de Investigaciones y Gestión Social (INGES) (2009). II Boletín Quincenal. Cooperación externa 2008 y perspectivas.

International Crisis Group (2009): Ethiopia: Ethnic Federalism and its Discontents. Online im Internet: http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/horn_of_africa/153_ethiopia___ethnic_federalism_and_its_discontents.pdf (Stand 23.9.2009).

IRIN (2005). ETHIOPIA: Halt in budget support will affect the poor, minister says. Online im Internet: http://www.irinnews.org/report.aspx?reportid=57689 (Stand: 23.9.2009)

Jones, Beverley et al. (2008). Lessons to be learnt from the Protecting Basic Services Instrument.

Knoll, Martin (2008). Budget Support: A reformed approach or old wine in new skins. Discussion Paper No. 190, United Nations Conference on Trade and Development. Online im Internet: http://www.unctad.org/en/docs/osgdp20085_en.pdf (Stand: 23.9.2009)

Kolb, Andrea/Peter Molt (2009). Elf Empfehlungen für die Praxis, in: E+Z, 2009/04, Schwerpunkt Budgethilfe, 154–157.

Küblböck, Karin et al. (2006). Budgethilfe als entwicklungspolitische Strategie. Grundlagenpapier zur internationalen Diskussion. ÖFSE Working Paper 14. Online im Internet: http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/Budgethilfe.pdf (Stand: 23.9.2009)

Kühhas, Barbara (2007). Budget Support und Menschenrechte/Good Governance in der Entwicklungszusammenarbeit: Schnittpunkte und Herausforderungen. Online im Internet: http://www.univie.ac.at/bim/php/bim/get.php?id=478 (Stand: 23.9.2009)

Lautze, Sue et al. (2009). Humanitarian governance in the new millenium: an Ethiopian case study. HPG Working Paper. Online im Internet: http://www.odi.org.uk/resources/hpg-publications/working-papers/2009//humanitarian-governance-ethiopia.pdf (Stand: 23.9.2005)

Lind Jeremy/Teriessa Jalleta (2005). Poverty, power and relief assistance: meanings and perceptions of dependency in Ethiopia. HPG Background Paper. Online im Internet: http://www.odi.org.uk/resources/hpg-publications/background-papers/2005/poverty-power-relief-assistance-dependency-ethiopia.pdf (Stand: 23.9.2009)

Ministry of Foreign Affairs of Ethiopia (2004). Partnership for enhanced aid delivery. Online im Internet: http://www.mfa.gov.et/Press_Section/publication.php?Main_Page_Number=971 (Stand: 23.9.2009)

Mokoro Ltd (2008). Putting Aid on Budget. A Study for the Collaborative Africa Budget Reform Initiative (CABRI) and the Strategic Partnership for Africa (SPA). Synthesis Report, April 2008. Online im Internet: http://www.mokoro.co.uk/AOB-SynthesisReport_April2008_r.pdf (Stand: 23.9.2009)

ODI (2006). Donors face tough choices in Ethipia. Online im Internet: http://www.odi.org.uk/media/newsreleases/2006/Donor_tough_choices_Ethiopia.html (Stand: 23.9.2009)

OECD (2006). Survey on Harmonisation and Alignment of Donor Practices: measuring aid harmonisation and alignment in 14 partner countries. Online im Internet: http://www.oecd.org/dataoecd/41/56/33813434.pdf (Stand: 23.9.2009)

OECD (2008). Survey on monitoring the Paris Declaration. Making aid more effective. Country Chapter Ethiopia. Online im Internet: http://www.oecd.org/dataoecd/56/36/42299107.pdf (Stand: 23.9.2009)

Peters-Berries, Christian (2006). Politischer Jahresbericht Äthiopien 2005/2006, Heinrich Böll Stiftung. Addis Abeba. Online im Internet: http://www.boell.de/downloads/weltweit/Pol_Jb_Aethiopien_2005_2006.pdf (Stand: 23.9.2009)

Schiltz, Jean-Louis/Marc Bichler (2009). Perspectives on Budget Support. Who's afraid of Budget Support? Discussion Paper No. 88, ecdpm. Online im Internet: http://www.ecdpm.org/Web_ECDPM/Web/Content/Download.nsf/0/6D5BAF8AF7F15D16C125757C0032ABF3/$FILE/09-88-ee.pdf (Stand: 23.9.2009)

Schmidt, Petra (2006). Budgethilfe in der Entwicklungszusammenarbeit der EU. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn. Online im Internet: http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ENTR-7BMFLV/$FILE/Studies%2020.pdf (Stand: 23.9.2009)

Six, Clemens et al. (2007). Die Pariser Erklärung und ihre bisherige Umsetzung. (Irr-) Wege zu mehr Wirksamkeit in der EZA. ÖFSE Working Paper 17. Online im Internet: http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/WP_Pariser_Erklaerung.pdf (Stand: 23.9.2009)

Slezak, Gabriele (2006). Länderinformation Äthiopien, ÖFSE. Online im Internet: http://www.oefse.at/publikationen/laender/aethiopien.htm (ab: 23.10.2009)

Strategic Partnership with Africa (SPA) – Budget Support Working Group (2006). Survey of Budget Support, 2005. Online im Internet: http://www.spa-psa.org/resources/SPA7/2005%20BSWG%20Survey%20on%20Budget%20Support.pdf (Stand: 23.9.2009)

UNDP (2007). Human Development Report 2007/2008. Fighting climate change. Human solidarity in a devided world. Online im Internet: http://origin-hdr.undp.org/en/media/HDR_20072008_EN_Complete.pdf (Stand: 23.9.2009)

van der Hejden, Hendrik (2007). Accelerating Development in Ethiopia. Suggested Road Map for Scaling Up External Financing and Aid. Prepared for consideration by the Government of Ethiopia and the Development Assistance Group of Ethiopia. Online im Internet: http://www.dagethiopia.org/Public/Publications/Final%20Report%20of%20the%20Study%20on%20Scaling%20up%20aid%20to%20finance%20PASDEP.doc (Stand: 23.9.2009)

Whitfield, Lindsay (2009). The Politics of Aid: African Strategies for Dealing with Donors. Oxford.

Worldbank (2006). Protection of Basic Services. Project Information Document (PID), Appraisal Stage. Online im Internet: http://www.wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2006/02/17/000104615_20060221092336/Rendered/PDF/PID0021610Appraisal0Stage0Final.pdf (Stand: 23.9.2009)

Worldbank (2008). Ethiopia Country Data Profile. Online im Internet: http://ddp-ext.worldbank.org/ext/ddpreports/ViewSharedReport?&CF=&REPORT_ID=9147&REQUEST_TYPE=VIEWADVANCED (Stand: 23.9.2009)

Worldbank (2009). Ethiopia Protection of Basic Services – 2nd Phase. Integrated Safeguards Datasheet. Appraisal Stage. Online im Internet: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2009/04/16/000333038_20090416011513/Original/481250ISDS0ETH10of0basic0Box338870B.doc (Stand: 23.9.2009)

Interviews:

Wolfgang Böhm, Dreikönigsaktion, am 15.9.
Friedbert Ottacher, Licht für die Welt, am 8.9.

Internet:

Offizielle Website des Ethiopian Social Accountability Project
http://www.ethiosap.org (Stand: 23.9.2009)

Offizielle Website der Development Assistance Group:
http://www.dagethiopia.org (Stand 23.9.2009)

OECD/DAC CRS Online Database:
http://stats.oecd.org/WBOS/Index.aspx?DatasetCode=CRSNEW (Stand: 23.9.2009)